



Die Arbeitnehmer verdienen Respekt!



Für unsere Kinder

Die Politiker der Arizona-Regierung verteidigen ihr Regierungsabkommen oft mit der Behauptung, dass diese Maßnahmen für die Zukunft unserer Kinder erforderlich sind und dass wir keine andere Wahl haben. Das ist eine doppelte Lüge.

„Wir tun es für unsere Kinder.“ Was soll das heißen? Einsparungen bei den Renten und den Beschäftigungen am Laufbahnende. Weitere Einfrierung der Löhne und eine Index-Reform. Abwertung von Nachtarbeit und Überstunden. Ausweitung der Sonntagsarbeit. Streichung des Budgets für die niedrigsten Renten und andere Leistungen. Kranke Menschen zur Arbeit drängen und bei den Sozialleistungen sparen. Alle Arten von Unterstatuten ausweiten. Wie sollen diese Maßnahmen unseren Kindern zugute kommen? Das ist eine gute Frage. Das muss man uns mal erklären.

In Wahrheit werden unsere Kinder, ebenso wie diejenigen, die bereits arbeiten, zu den Verlierern gehören. All diese Maßnahmen wirken sich in den kommenden Jahrzehnten negativ auf unsere Gesellschaft aus. „Wir tun das für die Aktionäre“, ist die einzig richtige Erklärung, die Arizona geben könnte. Wenn die Arbeitnehmer länger, härter und für weniger Geld schuften müssen, kommt dies ausschließlich den Aktionären zugute. Währenddessen wird den Bürgern immer wieder die gleiche Leier erzählt: „Es ist kein Geld mehr da.“

Und dann gibt es noch diese zweite Arizona-Lüge: „Wir haben keine andere Wahl.“ Das ist die Ausrede derjenigen, die nicht wollen, dass die Zahlen zu genau geprüft werden. So können sie behaupten, dass „jeder seinen Beitrag leisten muss“, ohne Gefahr zu laufen, dass man ihnen widerspricht.

Währenddessen wird klar, dass die Arbeitnehmer weit mehr als einen fairen Beitrag leisten. Man kann auch nicht behaupten, dass unsere Renten oder unser Gesundheitssystem übermäßig großzügig sind. Das Problem ist, dass die Wohlhabenden - und reich wird man in diesem Land nicht durch Arbeit allein - sehr gut wegkommen. Es wurde sogar

vereinbart, dass der Beitrag der stärksten Schultern unter keinen Umständen mehr als 11 % der Anstrengungen betragen darf. Weitere Einsparungen hingegen sind kein Problem. Nun wird eine Steuer auf Kapitalgewinne eingeführt, die einen kleinen Betrag von 500 Millionen Euro einbringen soll. Vorausgesetzt, es kommt überhaupt dazu, denn MR und N-VA haben in den ersten Wochen der Regierung alles getan, um diese Steuer zu sabotieren. Im Vergleich dazu werden jährlich 2,7 Milliarden bei den Renten eingespart, weitere 2,7 Milliarden bei den Beschäftigungen am Laufbahnende, im Kranken- und Arbeitslosenbudget sowie 500 Millionen bei der Gesundheitsversorgung.

Bei den Subventionen für Unternehmen sind unsere Regierungsvertreter jedoch sehr großzügig. Jedes Jahr erhalten Unternehmen Zuschüsse in Höhe von 16 Milliarden Euro, damit ist Belgien Europameister! Mit weiteren zwei Milliarden Euro an Kostensenkungen bringt diese Regierung die Unternehmen in eine mehr als komfortable Lage. Dass die Bilanzen nicht ausgeglichen sind, überrascht niemanden.

Jeder Euro, den die Reichen oder die Unternehmen nicht zahlen, muss von den Normalbürgern aufgebracht werden. Es reicht jetzt! Eine Regierung, die die Probleme wirklich angehen will, weiß sehr genau, was sie tun muss. Sie muss es nur wollen. Für unsere Kinder. Aber dann müssen auch Taten folgen und nicht nur schöne Worte.

Ann Vermorgen,
CSC-Präsidentin

Marie-Hélène Ska,
CSC-Generalsekretärin

Streiken Sie mit am 31. März und machen Sie den Unterschied!

In dieser Zeitung können Sie lesen, was die Arizona-Regierung für Sie und Ihre Kinder plant. Es sind drastische Entscheidungen, die Millionen von derzeitigen und zukünftigen Arbeitnehmern betreffen werden. Arbeiten, schweigen und erdulden ist daher keine Option.

Sollten wir die Regierung nicht einfach freundlich bitten, ihre Pläne zu ändern? Das wird die CSC natürlich auch in Zukunft tun. Leider sehen wir schon jetzt, dass dies nicht ausreichen wird. „Wir müssen also ein starkes Signal an die Regierung und die Arbeitgeberverbände senden, die diese Regierung natürlich begrüßen.“

In den letzten 150 Jahren haben Streiks dazu beigetragen, unsere Gesellschaft besser und gerechter zu machen. Das allgemeine Wahlrecht, der 8-Stunden-Tag, bezahlter Urlaub, unsere Sozialversicherung... All diese Fortschritte wurden nur nach großen Streiks erreicht, auf die damals genauso kritisch und mit Verachtung reagiert wurde wie heute. Auch heute müssen wir nicht mit dem Applaus von Politikern, Arbeitgebern und Meinungsmachern rechnen, sondern müssen weiter für eine bessere Gesellschaft und die Rechte der normalen Bürger kämpfen! Denn nie ist etwas endgültig sicher.



Die heile Welt von Arizona existiert nicht

Und wenn...

...Sie krank werden

- Sie laufen Gefahr, bei der geringsten Verfehlung bestraft zu werden: von einem Verlust von 10 % Ihrer Zulagen bis hin zu einer vollständigen Sperre.
- Sie haben erst nach 8 Wochen der Arbeitswiederaufnahme wieder Anspruch auf den garantierten Lohn, statt wie bisher nach 2 Wochen.
- Das Verfahren wegen höherer Gewalt aus medizinischen Gründen beginnt bereits nach 6 Monaten, statt wie bisher nach 9 Monaten.
- Sie müssen sich beim Arbeitsamt anmelden, wenn Sie noch arbeiten können.
- Sie riskieren einen Rentenmalus, der von 2 % (bis 2030) auf 4 % (bis 2040) und 5 % (ab 2040) ansteigt.



KRANK ZU SEIN, WIRD KAUM GEDULDET. UND WENN SIE KRANK SIND, WERDEN SIE ZUR ARBEIT GEDRÄNGT.

Beispiel: Jonathan (30) wird die Arbeitsbelastung zu viel und wegen eines Burnouts hört er auf zu arbeiten. Vor lauter Papierkram vergisst er, ein Dokument auszufüllen und verliert 10 % seiner Zulagen. Nach einigen Monaten fühlt er sich bereit, wieder arbeiten zu gehen, aber eine angepasste Arbeit ist nicht vorgesehen und er kann sie nicht erzwingen. Er nimmt daher mit denselben Aufgaben die Arbeit wieder auf. Nach drei Wochen erleidet er einen Rückfall und erhält nur noch Krankengeld, da die Arizona-Regierung entschieden hat, dass er mindestens acht Wochen hätte arbeiten müssen, um wieder Anspruch auf den garantierten Lohn zu haben. Am Ende ist Jonathan fast ein Jahr lang krankgeschrieben und riskiert daher einen Rentenabzug, wenn er in den Vorruhestand geht.

...Sie Teilzeit arbeiten

- Es kann sein, dass Sie keinen Anspruch mehr auf Ihre Frühpension haben. Ab dem 1. Januar 2027 werden nur noch Jahre mit 156 Arbeitstagen als Berufsjahre berücksichtigt. Teilzeitbeschäftigte werden eher bestraft.
- Gefahr eines Rentenmalus: Diejenigen, die keine 35 Berufsjahre mit 156 Arbeitstagen pro Jahr und 7.020 tatsächlichen Arbeitstagen aufweisen, werden dafür die Zeche zahlen müssen.



TEILZEITARBEIT WIRD BESTRAFT: SIE GEHEN SPÄTER IN RENTE UND DER BETRAG IHRER RENTE WIRD GEKÜRZT.

Beispiel: Christine (64) möchte nach 43 Jahren als Krankenpflegerin in Rente gehen, weil ihre Arbeit sie belastet. Als ihre Kinder klein waren, hat sie zehn Jahre lang Teilzeit gearbeitet, deshalb kommt sie in dieser Zeit nicht auf 156 Arbeitstage pro Jahr. In diesen zehn Jahren war Christine nämlich ab und zu ein paar Tage krank, was jedem passieren kann. Sie verfügt daher nicht über die erforderliche Anzahl an Arbeitstagen und wird mit einem Rentenmalus belegt, da nur 33 ihrer 43 Berufsjahre berücksichtigt werden. Das ist zu wenig. Christine wird daher 4 % ihrer Rente verlieren: 2 % pro Jahr vor dem gesetzlichen Rentenalter von 66 Jahren.

...Sie zeitweilig arbeitslos sind

- Ihre Rente wird gekürzt: Zeiten vorübergehender Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit), die ja eindeutig nicht auf einer Entscheidung des Arbeitnehmers beruhen, werden weniger und zu einem niedrigeren Einkommen gleichgestellt.



KURZARBEIT WURDE WÄHREND DER COVID-KRISE ZUR UNTERSTÜTZUNG VON UNTERNEHMEN IN SCHWIERIGKEITEN EINGESETZT. HEUTE WERDEN DIE ARBEITNEHMER BESTRAFT.

„Und wenn wir die erforderliche Anzahl Arbeitstage nicht erreichen?“

Wer sagt, dass sich junge Leute nicht um ihre Rente sorgen? Jorge, 34, Servicetechniker bei CNH, fragt sich: „Wir stellen hier Landmaschinen her, Mährescher... Zurzeit sind die Verkaufszahlen niedrig. Folglich gibt es viel wirtschaftliche Arbeitslosigkeit. In der Mährescherproduktion waren wir im letzten Jahr bis zu 70 Tage in Kurzarbeit. Bei den Kollegen der Feldhäcksler waren es über 100. Was passiert, wenn wir nicht mehr die erforderliche Anzahl an Arbeitstagen erreichen, obwohl wir keine Kontrolle über die Situation haben?“



**Jorge Oorlynck (34),
Servicetechniker bei CNH**

Foto: Martine Stilmant



**Martine Stilmant (63),
Kindergärtnerin**

„Ab 50 wird es schwierig, diese Arbeit zu erledigen.“

...Sie gerade erst in den Arbeitsmarkt eintreten

- Sie können sich glücklich schätzen, wenn Sie es schaffen, direkt Vollzeit zu arbeiten. Flexible und Teilzeitverträge werden erleichtert. Es besteht also die Gefahr, dass Sie zwei oder sogar drei Jobs kombinieren müssen, um über die Runden zu kommen.
- Sie könnten der Konkurrenz von Flexi-Jobbern ausgesetzt sein, die nun in allen Sektoren zugelassen sind, wodurch sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufsanfänger verringern.
- Sie erhalten Eingliederungszulagen für maximal ein Jahr, statt wie bisher für fast drei Jahre. Positiv ist, dass Sie diese Leistungen nach einer Berufseingliederungszeit von 156 Tagen statt bisher 310 Tagen erhalten.



FÜR JUNGE MENSCHEN IST ES NOCH SCHWIERIGER, DIREKT EINE GEEIGNETE ARBEIT ZU FINDEN.

Beispiel: Emilie (18) hat gerade die Schule beendet und findet sofort einen Job - Teilzeit, aber was soll's, der Anfang ist nicht leicht. Später stellt sie jedoch fest, dass ihr Arbeitsvertrag nur 8 Stunden pro Woche vorsieht. Sie muss sich also eine zweite oder sogar dritte Arbeit suchen, um ein angemessenes Einkommen zu erzielen. Das ist nicht einfach, denn der Arbeitsmarkt ist überschwemmt mit Flexi-Jobbern, die an einem festen Tag in der Woche einspringen können. In der Arbeitsordnung ist festgelegt, dass die Arbeit von Montag bis Freitag zwischen 8 und 17 Uhr verrichtet werden muss. Aber an welchem Tag? Das ändert sich jede Woche. Daher ist es schwierig für sie, sich bei einem anderen Arbeitgeber zu verpflichten, und so arbeitet sie seit zwei Jahren mit zwei Verträgen für weniger als 18 Stunden pro Woche. Das reicht nicht einmal, um für ihre Rente angerechnet zu werden.

...Ihre Arbeit flexibler wird

- Sie haben keine Gewissheit mehr über Ihre Arbeitsdauer und Ihr Arbeitsvolumen, da die Arbeitszeit flexibler gestaltet wird.
- Sie erhalten möglicherweise einen Vertrag für nur wenige Stunden pro Woche, da die Mindestarbeitszeit abgeschafft wird.
- Sie können zu bestimmten Zeiten sehr viel und zu anderen Zeiten sehr wenig arbeiten, da Sie Ihre Stunden auf Jahresbasis erbringen müssen.
- Sie müssen eventuell an Sonntagen arbeiten, da die obligatorischen Schließungstage abgeschafft werden.
- Sie erhalten die Prämie für Nacharbeit erst ab Mitternacht statt wie bisher ab 20 Uhr.



FLEXIBLER SEIN, MEHR UND LÄNGER ARBEITEN: DIE MASSNAHMEN DER ARIZONA-REGIERUNG IGNORIEREN DAS PRIVATLEBEN VÖLLIG.

Foto: Jeroen Pollet

Foto: Aude Vanlathem

...Sie weniger arbeiten möchten

- Es bleibt abzuwarten, wie dies möglich sein wird. Der Familienkredit wird die Laufbahnunterbrechungen und den Zeitkredit ersetzen, aber wie wird er aussehen? Das ist noch ein großes Fragezeichen.
- Das Laufbahnende wird auf jeden Fall schwieriger: Der Zugang zu Beschäftigungen am Laufbahnende wird verschärft, und da die Tage der Beschäftigung am Laufbahnende nicht gleichgestellt werden, wird es schwieriger, in den Vorruhestand zu gehen.
- Das SAB (besser bekannt als Frühpension) wird nicht mehr möglich sein. Nur das medizinische SAB wird beibehalten. Auch Personen, die sich in einer Kündigungsfrist befinden, werden möglicherweise nicht mehr in SAB gehen können.

AM LAUFBAHNENDE HABEN SIE KEINE ANDERE WAHL, ALS WEITERZUMACHEN. ENTSCHEUNIGEN IST MIT ARIZONA NICHT MEHR MÖGLICH.



Martine arbeitet in einer Kindertagesstätte der Gemeinde und blickt auf 42 Berufsjahre zurück. Sie würde sich eine bessere Berücksichtigung der Schwere ihres Berufs wünschen. „Im Alltag müssen wir regelmäßig schwer heben. Ein Kind ist ein Mensch, man muss mit ihm kuscheln, es beschäftigen und ihm die Windeln wechseln können. Es ist nicht wie eine Akte, die man auf Seite legen und auf den nächsten Tag verschieben kann. Was unsere Gesundheit betrifft, so treten die Schmerzen im Rückenbereich auf. Wir sind auch auf mentaler und psychologischer Ebene betroffen, vor allem angesichts des regelmäßigen Personalmangels, der zu Arbeitsüberlastung führt. Wenn man den ganzen Tag weinende Kinder hört, erträgt man nicht einmal mehr das Radio. Ab 50 Jahren wird es kompliziert, diese Arbeit zu verrichten. Es ist absolut notwendig, das Ende der beruflichen Laufbahn ab 55 Jahren ohne Gehaltseinbußen anzupassen und die Schwere des Berufs anzuerkennen.“

...Sie in Rente gehen wollen

- Ab dem 1. Januar 2027 werden nur noch Jahre mit 156 Arbeitstagen als Berufsjahre angerechnet. Der Vorruhestand wird nur noch für eine sehr geringe Anzahl von Arbeitnehmern möglich sein.
- Sie sollten 35 Berufsjahre mit mindestens 156 Arbeitstagen pro Jahr und 7.020 effektiven Arbeitstagen während Ihrer Laufbahn vorweisen können. Andernfalls unterliegen Sie ab 2026 einem Rentenmalus, der von 2 % (bis 2030) auf 4 % (bis 2040) und 5 % (ab 2040) pro Jahr, in dem Sie vor dem gesetzlichen Rentenalter aufhören zu arbeiten, ansteigt.
- Sie können mit 60 in Rente gehen, müssen dann aber 42 Berufsjahre mit jeweils 234 Arbeitstagen nachweisen.
- Sie sollten nicht arbeitslos, krank, zeitweilig arbeitslos, usw. gewesen sein, da Sie ansonsten eine Rentenmalus riskieren.

JEDER WIRD ALSO MEHR UND LÄNGER ARBEITEN MÜSSEN. FALLS DIES AUS GRÜNDEN, FÜR DIE SIE NICHT VERANTWORTLICH SIND, NICHT MÖGLICH WAR, WERDEN SIE DIE KONSEQUENZEN DAFÜR TRAGEN MÜSSEN.



Beispiel: Louis (60) glaubt, dass er nach einer 42-jährigen schweren Laufbahn im Baugewerbe vorzeitig in Rente gehen kann. Er ist der Arizona-Regierung dankbar, da er bislang erst nach 44 Berufsjahren in Frühpension gehen konnte. Bis er das Kleingedruckte liest: Er muss jedes Jahr 234 Tage gearbeitet haben, um die Frühpension in Anspruch nehmen zu können. Ein normales Arbeitsjahr hat etwa 260 Tage. Louis rechnet nach. Er hat nach der Mittelschule nicht direkt gearbeitet, sondern eine Zeit lang einen Job gesucht. Seine Berufslaufbahn zählt daher 41 Jahre und nicht 42. Hinzu kommt noch ein Jahr Kurzarbeit während der Corona-Krise, als Baumaterial knapp war. Pech für ihn, dass seine Karriere 40 und nicht 42 Jahre beträgt. Louis muss also noch zwei weitere Jahre arbeiten, bevor er in Rente gehen kann.

**Annie Izzo (56),
Verantwortliche einer Lidl-Filiale**

„Überlastung ist bereits ein Problem!“

Annie ist seit 16 Jahren CSC-Delegierte in ihrer Filiale in Chapelle-lez-Herlemont. Sie erklärt, warum Lidl derzeit seine Filialen nicht am Sonntag öffnet. „Wir hatten ausgehandelt, dass die Arbeitnehmer an diesen Tagen entweder dreifach bezahlt werden oder dass sie als Ausgleich zwei Tage freiholen. Wenn die Geschäfte jeden Sonntag öffnen können, gibt es nichts mehr zu verhandeln. Es besteht die Gefahr, dass die Arbeitszeiten für das derzeitige Personal verlängert werden, obwohl die Überlastung in den Geschäften jetzt schon problematisch ist. Um das zu kompensieren, werden sie Studenten einstellen, d.h. für das Unternehmen billige Arbeitskräfte.“

...Sie nur eine sehr bescheidene Rente oder Zulage erhalten

- Pech für Sie: Das Budget „Wohlbefinden“, mit dem die Sozialpartner alle zwei Jahre die niedrigsten Renten und Sozialleistungen aufbessern konnten, wird abgeschafft.



HUNDERTTAUSENDE MENSCHEN, DEREN EINKOMMEN AN ODER SOGAR UNTER DER ARMUTSGRENZE LIEGT, WERDEN IHREM SCHICKSAL ÜBERLASSEN.

Karolien, Krankenschwester

«Ich spare meine Aufholprämie, um mir ein Dreirad zu kaufen.»

Karolien (55) war Krankenschwester auf der Intensivstation, bis sie sich bei einem Sturz schwer verletzt hat. Sie saß vier Jahre lang im Rollstuhl und befindet sich derzeit noch in der Reha wegen Nervenschäden in den Beinen und Muskelrissen. Sie lebt von Invalidengeld. „Mein Ziel ist es, eines Tages wieder zu arbeiten. Durch die intensive Krankengymnastik bemerke ich viele Fortschritte, aber es ist ein langer Weg. Die Therapie ist teuer und macht einen großen Teil meines Budgets aus. Daher bin ich froh, dass es eine Aufholprämie (Urlaubsgeld für Personen, die von einer Invaliditätsbeihilfe leben, Anm. d. Red.) gibt, die dank des Budgets für das Wohlbefinden eingeführt wurde. Dieses Extra kann ich gut gebrauchen. Zurzeit spare ich für ein Dreirad. Wegen des Unfalls traue ich mich nicht mehr, mit einem normalen Fahrrad zu fahren. Ein Dreirad würde mir ein Stück Mobilität und Unabhängigkeit zurückgeben.“



Foto: Wouter Van Vooren

...Sie eine Frau sind

- Es besteht die Gefahr, dass Ihr Einkommen sinkt. Mit der Abschaffung des Ehegattenquotienten droht Frauen, die häufiger einen Teil ihrer Karriere für unbezahlte Familienarbeit verwendet haben, ein Teil ihres Einkommens verloren zu gehen.
- Sie werden einen Teil ihrer Ansprüche verlieren, weil diese von Ihrer beruflichen Laufbahn abhängen. Frauen arbeiten häufiger Teilzeit und mit Unterbrechungen, weil sie Familienaufgaben übernehmen. Dadurch werden sie in Bezug auf Arbeitslosigkeit, Beschäftigung am Laufbahnende und Rente bestraft.
- Sie bekommen weniger Rente. Fast 8 von 10 Rentnern, die es nicht auf 35 Berufsjahre mit 156 effektiven Arbeitstagen und insgesamt 7.020 Arbeitstagen bringen, sind Frauen. Die Familiendimension wird in Frage gestellt. Der kleine Rentenanteil, den man im Falle des Todes des Partners oder der Scheidung von ihm zusätzlich erhält, fällt also weg.



FRAUEN SIND DIE OPFER DER MASSNAHMEN DER ARIZONA-REGIERUNG. DIESE REGIERUNG IST NICHT FRAUENFREUNDLICH. DAS ZEIGT SICH BEREITS IN DER ZUSAMMENSETZUNG DER REGIERUNG: UNTER DEN 15 REGIERUNGSMITGLIEDERN SIND GERADE EINMAL VIER FRAUEN, UND ES GIBT KEINE EINZIGE VIZE-PREMIERMINISTERIN.

Rose Monata Ndundu (56), Dienstleistungsschecks

„Werden wir mit einer Gehilfe Treppen steigen?“

Rose arbeitet seit über 18 Jahren im Bereich Dienstleistungsschecks. In diesem Sektor gibt es keine Vorkehrungen für das Laufbahnende. „Unsere Arbeit wird nicht wertgeschätzt, obwohl sie äußerst anstrengend ist. Wir müssen immer schneller arbeiten, manchmal extrem schwere Staubsauger die Treppen rauf- und runtertragen... Viele Haushaltshilfen haben gesundheitliche Probleme wie Muskel-Skelett-Erkrankungen, die durch ihre Arbeit verursacht werden. Wie sollen wir Treppen steigen, wenn wir bis 67 Jahre arbeiten müssen? Mit einer Gehilfe? Was ist mit unseren Renten? Die Dienstleistungsschecks haben die niedrigsten Löhne im Reinigungssektor. Selbst wenn wir Vollzeit arbeiten würden, könnten wir von unseren Renten nicht leben. Wir sind in einer paritätischen Kommission, die insgesamt arm dran ist.“



Foto: Guy Puttemans

Der Index ist doch gerettet, oder?

In ihrem Regierungsabkommen verspricht die Arizona-Regierung, die Löhne zu erhöhen. Doch auch hier ist Skepsis angebracht, denn was die Regierung mit der einen Hand gibt, nimmt sie wahrscheinlich mit der anderen wieder zurück. Das Ergebnis: Sie stehen mit leeren Händen da.

Obwohl die Regierung behauptet, die Löhne anheben zu wollen, hält sie am Lohnnormgesetz fest. Die Bruttolöhne bleiben folglich eingefroren. Eine effektive Lohnerhöhung ist daher in den kommenden Jahren unmöglich. Erst ab 2029 könnte Ihr Nettolohn etwas höher ausfallen. Wenn Ihr Bruttolohn nicht steigt, hat das Auswirkungen auf Ihre Rente oder Ihr Krankengeld, da diese Beträge auf der Grundlage Ihres Bruttolohns berechnet werden. Wenn Ihr Bruttolohn nicht steigt, fällt Ihr Krankengeld oder Ihre Rente deutlich niedriger aus.

Die Regierungsparteien rühmen sich damit, den Index zu erhalten. Das wäre ja noch schöner! Der Index, der den Lohn bei steigenden Preisen anpasst, war in den letzten Jahren für den Schutz der Kaufkraft von entscheidender Bedeutung. Die Beibehaltung des Index ist jedoch nicht vollkommen sicher. Das Regierungsabkommen sieht nämlich vor, dass die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bis zum 31. Dezember 2026 eine Index-Reform vorschlagen müssen. Tun sie dies nicht, entscheidet die Regierung. Da die Arbeitgeberverbände viele Freunde in der Regierung haben, kann man sich leicht vorstellen, wie das Ergebnis in Bezug auf den Index aussehen wird.

Die Steuerreform, die für höhere Nettolöhne sorgen soll, tritt übrigens erst ab 2029 in Kraft. Zufälligerweise genau dann, wenn

die Regierung das Ende ihrer Amtszeit erreicht. In der Politik sind vier Jahre eine Ewigkeit. Wird es die Arizona-Regierung 2029 noch geben? Die Steuerreform wird auch viel Geld kosten. Es ist schon jetzt klar, dass der Haushalt dieser Regierung auf wackligen Beinen steht und auf viel Luft gebaut ist. Die Frage ist also, ob sie dieses Geld auch haben wird. Und sollte sie dieses Geld tatsächlich finden, müssen in den Folgejahren noch drastischere Einsparungen vorgenommen werden. Zum Beispiel auf Kosten der Renten.

Die Taktik, mit einer Hand zu geben und mit der anderen wieder zurückzunehmen, ist nicht nur ein nachträgliches Risiko, sondern auch ein Risiko auf Ebene der eigentlichen Reform. Durch die Abschaffung des Ehegattenquotienten werden Haushalte mit nur einem Einkommen oder Haushalte mit einem mittleren und einem niedrigen Einkommen ab 2028 benachteiligt. Sie müssen dann mehr Steuern zahlen. Darüber hinaus werden auch andere Steuerabzüge abgeschafft oder eingeschränkt, wie der Abzug pro Kind zu Lasten oder die Unterhaltszahlungen bei getrennt lebenden Paaren. Darüber hinaus sieht das flämische Regierungsabkommen auch die Abschaffung des „Jobbonus“ (flämische Beschäftigungsprämie) vor, was dazu führen könnte, dass das Vorhaben für die niedrigsten Einkommen hinfällig wird.

Die Arizona-Regierung verspricht außerdem, dass der Wert der Mahlzeitschecks steigen kann. Damit will sie die Kaufkraft verbessern. Um diese Maßnahme in Anspruch nehmen zu können, muss man jedoch erst einmal Mahlzeitschecks

erhalten, was für viele Arbeitnehmer nicht der Fall ist. Und nur weil die Regierung die gesetzliche Möglichkeit einräumt, den Wert der Mahlzeitschecks zu erhöhen, heißt das nicht, dass Ihr Arbeitgeber dies auch tun wird. Das Einzige, was sicher ist, ist, dass alle anderen Arten von Schecks abgeschafft werden. Wenn man von leeren Versprechungen spricht...



Einsparungen im öffentlichen Dienst werden alle treffen

Eine hochwertige Ausbildung für unsere Kinder, eine zugängliche, erschwingliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, eine gesicherte Müllabfuhr, effiziente öffentliche Verkehrsmittel, Kriminelle im Gefängnis, einsatzbereite Feuerwehrleute und andere Notfalldienste, intakte Straßen - das sind Dienstleistungen, auf die wir alle angewiesen sind. Aber um sie in Anspruch nehmen zu können, brauchen wir solide öffentliche Dienste. Doch genau diese sind im Visier der Arizona-Regierung, die bei den Betriebsmitteln, beim Personal und deren Rechten sparen will.

Die Rentenansprüche im gesamten öffentlichen Dienst werden gekürzt, was bedeutet, dass Beamte für eine niedrigere Rente länger arbeiten müssen. Der Einfachheit halber wird diese Maßnahme mit Vergleichen untermauert, die nicht stichhaltig sind. Beschäftigte mit einer angemessenen Zusatzrente erhalten genauso viel wie statutarische Beamte.

So spielt man die Arbeitnehmer gegeneinander aus. Das Ziel ist vor allem, alle nach unten zu ziehen, was niemandem nützt. Wenn wir so handeln, werden wir bald niemanden mehr finden, der unsere Kinder unterrichtet, unseren Müll einsammelt oder im Gesundheitswesen arbeitet. Und am Ende wird die gesamte Bevölkerung betrogen.

„300 Jahre Erfahrung müssen noch die Leiter hochklettern können.“

Bert Goedermans (60)
Feuerwehrmann in Hasselt

Letzte Woche schauten wir uns bei der Fahrt zu einem brennenden Haus im Feuerwehrwagen um. Der Jüngste an Bord war 45. Man kann das positiv sehen und sagen: Das sind zusammen ja 300 Jahre Erfahrung. Aber diese 300 Jahre Erfahrung müssen noch die Leiter hochklettern können.

Unser Beruf ist ziemlich hart und es gibt nur sehr wenige Umschulungsmöglichkeiten. Wir setzen unser Leben und unsere Gesundheit aufs Spiel: Als Feuerwehrleute sind wir gefährlichen und krebserregenden Stoffen ausgesetzt. Ich denke daher, dass man am Ende der Karriere etwas zurückbekommen sollte.



Schließen Sie sich dem Generalstreik an am 31. März!

Gebrauchsanweisung zum Streiken

Wer streikt, hat Anspruch auf Streikgeld. Dieses beträgt 40 Euro für CSC-Mitglieder, die seit mindestens sechs Monaten Mitglied sind. Sie müssen Ihren Arbeitgeber nicht um Erlaubnis bitten, um streiken zu dürfen. Streiken ist ein Recht!

Um Streikgeld zu erhalten, müssen Sie einen Antrag bei der CSC stellen. Füllen Sie ihn sorgfältig aus, um Ihre Entschädigung zu erhalten. Dazu müssen Sie unter anderem Ihre Kontonummer und Ihre CSC-Mitgliedsnummer angeben. Sie können sich an die CSC-Delegierten in Ihrem Betrieb wenden, um Ihren Antrag zu stellen. Wenn es in Ihrem Unternehmen keine CSC-Delegierten gibt, können Sie sich an Ihren Bezirksverband wenden.



www.diecsc.be/arizona



Foto: Tim Dirven